

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,



Fritz mit seinem Redebeitrag zur 269. Montagsdemo!

Proteste in Griechenland

Nach Bekanntmachen des neuesten »Sparprogramms« der Regierung Papandreous wird Griechenland von einer Welle des Protests erfasst. Sämtliche Busse in Athen sowie die Bahn fuhren letzte Woche für 24 Stunden nicht mehr. Zugleich streikten auch die Fluglotsen für vier Stunden.

Auch Beamte und andere Staatsbedienstete legten für drei Stunden ihre Arbeit nieder und demonstrierten im Zentrum Athens gegen die Regierungspläne. Ärzte in staatlichen Krankenhäusern behandelten nur Notfälle und viele Lehrer gingen nicht zur Arbeit. Journalisten des Staatsradios und des Fernsehens sowie der staatlichen Nachrichtenagentur legten ebenfalls die Arbeit für 24 Stunden nieder. Ministerpräsident Giorgios Papandreou traf in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen, die das von der EU diktierte Programm ausdrücklich begrüßt hatte. Bei dem Treffen ging es unter anderem um die weitere Koordinierung des Vorgehens zur Abwendung eines offenen Staatsbankrotts, aber auch zur Eindämmung der Massenproteste.

Aktivisten der Gewerkschaftsfront PAME besetzten am letzten Donnerstagmorgen angesichts geplanter Lohnkürzungen und Steuererhöhungen das Finanzministerium im Herzen der griechischen Hauptstadt. Die Gewerkschaftsmitglieder hinderten die Beamten am Betreten des Gebäudes. Über dem Eingang befestigten sie ein Transparent mit dem Schriftzug: »Erhebt euch, damit die Maßnahmen nicht in Kraft treten«. Für Donnerstagabend hatte die Gewerkschaft PAME zu Protesten vor dem griechischen Parlament aufgerufen. Die gewerkschaftlichen Kräfte der Linksallianz SYRIZA und der Gewerkschaftsdachverband der Angestellten des öffentlichen Dienstes, ADEDY, mobilisierten zeitgleich für eine Kundgebung am Platz vor den historischen Gebäuden der Athener Universität. Noch bevor Regierungssprecher Petalotis am Mittwoch die jüngsten Einschnitte und Steuererhöhungen bekanntgegeben hatte, hatten sich mehrere hundert Rentner Auseinandersetzungen mit Sondereinheiten der Polizei geliefert, die den Sitz des Ministerpräsidenten abschirmten.

Zusätzlich zu den bereits beschlossenen Einschnitten enthält das neue so genannte Sparpaket eine Mehrwertsteuererhöhung, eine weitere Anhebung der Steuern auf Tabak, Alkohol und vor allem Mineralöl – letzteres hatte bereits am Donnerstag einen Anstieg der Benzinpreise um mindestens acht Cent pro Liter zur Folge. Außerdem sind geplant, die Bezüge der Angestellten im öffentlichen Dienst um weitere zwei, nun insgesamt zwölf Prozent zu kürzen. Von den Weihnachts-, Urlaubs- und – man höre - Ostergeldern werden satte 30 Prozent gestrichen.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Diese Zahlungen bilden in Griechenland das 13. und 14. Monatsgehalt, stehen den Haushalten aber in der Regel nicht für Geschenke oder Urlaub zur Verfügung, sondern werden für notwendige Ausgaben, zum Beispiel die Ratenzahlungen auf Darlehen, verwendet.

Von den Kürzungen der Bezüge sind zunächst einmal »nur« die 41 Tausend Staatsangestellten betroffen, sowie Tausende Kollegen, die noch mit Beamtenverträgen bei den bereits privatisierten früheren Staatsbetrieben im Wasser- und Energiesektor sowie im öffentlichen Nahverkehr tätig sind. Es wird jedoch erwartet, dass der Unternehmerverband auf eine Übernahme der Kürzungen auch für die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft drängen wird. Die Steuererhöhungen dagegen treffen alle. Hier schlägt besonders die Anhebung der Mehrwertsteuer um zwei auf 21 Prozent zu Buche. Sie trifft vor allem die 20 Prozent bereits jetzt unter der Armutsgrenze lebenden Griechen sowie andere sozial Benachteiligte in der Bevölkerung. So müssen beispielsweise 60 Prozent der verrenteten Arbeiter mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen.

Während der Gewerkschaftsdachverband ADEDY in Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft GSEE, für den vergangenen Freitag zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung und Protesten ab 12 Uhr mittags aufgerufen hat, fordert die linke Gewerkschaft PAME einen Generalstreik. Sie rief jede Regionalgewerkschaft, jede Branchengewerkschaft und jeden Betriebsrat, die gesamte Arbeiterklasse zum generellen Aufstand auf, dem auch massenhaft gefolgt wurde.



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz